

Recht und Datenschutz

Bundesdatenschutzgesetz

Eine Ausarbeitung von Gruppe 1:

Maxim Bergmann 7006347

Victor Ginsheimer 7006705

Betreuer:

Prof.Dr. Schiemann-Lillie

Inhaltsverzeichnis

1 Allgemeines	3
2 Zweck und Anwendungsbereich	3
3 Abgrenzung zum Landesdatenschutzgesetz	4
4 Einwilligung	4
4.1 Ausnahmen	5
5 Datenschutzbeauftragter	5
5.1 Bestellung des Beauftragten	5
5.2 Aufgaben des Beauftragten	6
6. Anwendungsfälle	7
6.1 Dashcam Überwachung	7
6.2 Nutzung von Daten für Werbezwecke	7
6.3 Einsicht von privaten Daten für die Kündigung von Arbeitnehmern	8
6.4 Löschung von öffentlichen Daten	9
6.5 Auskunft über eigene Daten	9
7. Quellen	10

1 Allgemeines

Ausgefertigt wurde das Gesetz am 20.12.1990. Der aktuelle Stand ist 25.2.2015.

Änderungen, die am 10.3.2017 beschlossen wurden, sind zum Zeitpunkt dieser Ausarbeitungen jedoch noch nicht in den Gesetzestext mit aufgenommen worden.

Das Bundesdatenschutzgesetz ist wie folgt zu gliedern:

- | | |
|--|--------------|
| • Allgemeinen Vorschriften | § 1 – § 11 |
| • Datenverarbeitung bei öffentlichen Stellen | § 12 – § 26 |
| • Datenverarbeitung bei nicht öffentlichen Stellen | § 27 – § 38a |
| • Sondervorschriften | § 39 – § 42a |
| • Überleitungs- und Schlussvorschriften | § 43 – § 48 |

2 Zweck und Anwendungsbereich

Gesetzliche(r) Abschnitt(e): § 1

Das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) gilt Bundesweit für den Schutz von personenbezogenen Daten, sowohl im öffentlichen als auch im nicht öffentlichen Unternehmensbereich. Das Gesetz bezieht sich auf Daten, die elektronisch verarbeitbar¹ sind, aber auch auf Daten, die auf Bild- und Tonträger sowohl als auch in Akten, hinterlegt sind.

Unternehmen sind verpflichtet ihre Angestellten, die Zugang zu personenbezogenen Daten haben, hinsichtlich des Datengeheimnis (§ 5) vertraut zu machen, und zwar bereits zur Aufnahme ihrer Tätigkeit. Diese Vertrautmachung erfolgt von dem Datenschutzbeauftragten des Unternehmens.

¹ <http://www.itwissen.info/Datenverarbeitungsanlage-DVA-data-processing-equipment-DPE.html>

3 Abgrenzung zum Landesdatenschutzgesetz

Länder haben die Möglichkeit eigene Datenschutzbestimmungen aufzustellen (Landesdatenschutzgesetze, LDSG).

Diese Gesetze gelten für öffentliche Stellen des Landes wie z. B. die jeweiligen Landesbehörden und Kommunalverwaltungen, die personenbezogene Daten verarbeiten. Es sei denn, es handelt sich bei diesen ländlichen Stellen um Einrichtungen, die Bundesrecht ausüben oder Rechtspflege betreiben.

Bspw. gilt das Niedersächsisches Datenschutzgesetz (ND SG²) für die Hochschule Emden-Leer.

4 Einwilligung

Gesetzliche(r) Abschnitt(e): §§ 4a, 19, 3 (9)

Betroffene Personen müssen hinsichtlich der Verwendung ihrer Daten vom Unternehmen ausgiebig informiert werden. Das Unternehmen muss eine freiwillig erteilte, schriftliche Einwilligung der betroffenen Personen vorliegen haben, damit es deren Daten speichern bzw. Verarbeiten darf.

Sollten die Daten für weitere Zwecke verwendet werden, so muss eine erneute Einwilligung vom Betroffenen eingeholt werden.

Besonders hervorzuhebende Daten bei der Aufklärung über die Angaben der Betroffenen sind Daten über

- rassischen und ethnischen Herkunft,
- politischen Meinung, religiösen oder philosophischen Überzeugung,
- Gewerkschaftszugehörigkeit,
- Gesundheit oder
- Sexualleben.

² <http://www.nds-voris.de/jportal/?quelle=jlink&query=DSG+ND&psml=bsvorisprod.psml&max=true>

4.1 Ausnahmen

Gesetzliche(r) Abschnitt(e): §§ 14, 28, 29

Eine Ausnahme zur Einwilligung des Betroffenen besteht, falls eine andere gesetzliche Bestimmung in Kraft tritt, bspw. der Betroffene wird strafrechtlich verfolgt. Weitere Ausnahmen wären z. B. Daten, die allgemein zugänglich sind oder veröffentlicht werden dürfen oder Daten, die mit wissenschaftlichem Zweck verknüpft sind.

5 Datenschutzbeauftragter

5.1 Bestellung des Beauftragten

Gesetzliche(r) Abschnitt(e): §§ 4f (1), 4d (5), 3 (9), 4e

Eine Stelle, öffentlich oder nichtöffentlich muss einen Datenschutzbeauftragten einstellen, falls personenbezogene Daten verarbeitet werden. Dabei gilt diese Pflicht für nicht öffentliche Einrichtungen erst ab dann, wenn min. 9 Personen mit der Verarbeitung der personenbezogenen Daten beschäftigt sind. Diese Grenze tritt jedoch außer Kraft, falls gewisse Bedingungen gelten (siehe Gesetzliche Abschnitte oben).

Für nicht automatisierte, personenbezogene Datenverarbeitung liegt die Mindestgrenze bei 20 Personen im Betrieb.

Die Einstellung eines Datenschutzbeauftragten muss vom Betrieb spätestens ein Monat nach Aufnahme seiner Tätigkeit erfolgen.

5.2 Aufgaben des Beauftragten

Gesetzliche(r) Abschnitt(e): §§ 9, 31, 11, 34, 35, 4b, 4c, 6b, 32, 6a, 28

Der Datenschutzbeauftragte ist in seinen Aufgaben weisungsfrei. Seine Arbeit umfasst alle Bereiche des Unternehmens, in denen mit personenbezogenen Daten gearbeitet wird. Dementsprechend muss er Gutachten erstellen und Verträge prüfen. Außerdem muss er Richtlinien erstellen und für deren Bekanntmachung (Schulungen) sowie Kontrolle deren Einhaltung sorgen.

Typisches Aufgabenspektrum eines Datenbeauftragten umfasst je nach Unternehmenskomplexität:

- Prüfung der einzelnen Datensicherungsmaßnahmen
- Kontrolle der Protokolldaten
- Prüfung und Kontrolle der Auftragsdatenverarbeitung
- Bearbeitung von Auskunftersuchen Betroffener
- Prüfung der Zulässigkeit der Übermittlung in Drittstaaten
- Prüfung der Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Bereichen und am Arbeitsplatz
- Prüfung der Regelungen zur Mitarbeiterkontrolle
- Rechtmäßigkeit der Profilbildung
- Datennutzung zum Marketing und Kundenwerbung

6. Anwendungsfälle

6.1 Dashcam Überwachung

Ein häufiger Anwendungsfall für das Bundesdatenschutz ist der Einsatz von Dashcams zur Überwachung des Verkehrs und seines eigenen Autos. Ein besonderer Gerichtsfall war diesbezüglich, die Aufnahme von Verkehrsverstößen, welche dann zur Anzeige gebracht wurden, ohne dass die aufnehmende Person selbst Schaden genommen hat oder überhaupt involviert war.

Das Gericht hat in diesem Fall entschieden, dass die Überwachung und Aufnahme von Verkehrsdelikten keine Aufgabe von Privatpersonen sei. Es bestehe keine berechtigtes Interesse für den Aufnehmer und der Schutz der zu Unrecht angezeigten Personen überwiegt.

In einem anderen Fall hat ein Fahrer, nachdem dieser auf einer Bundesstraße bedrängt wurde, seine Dashcam benutzt, um das weitere Geschehen aufzunehmen.

Dieser wurde in den Aufnahmen weiter bedrängt und abschließend auf einem Parkplatz vom anderen Fahrer beschimpft. In diesem Fall hat das Gericht entschieden, dass das Aufnehmen mit der Dashcam rechtskräftig war und die Aufnahmen als Beweise zu verwerten sind. Wichtig dabei war ebenfalls, dass in den Aufnahmen die Fahrzeuginsassen nicht zu erkennen sind.

6.2 Nutzung von Daten für Werbezwecke

In den nächsten zwei Gerichtsfällen geht es um die Erlaubnis zur Datenverarbeitung und zur Werbung über Telefon, Email und Post. Zeitungsverlage und eine Werbefirma haben Gewinnspiele veranstaltet, die bei Teilnahme an diesen Gewinnspielen die Erlaubnis für Datennutzung und Werbung eingeholt haben. Das Gericht hat die Betreiber kritisiert, dass das Einverständnis nicht deutlich dargestellt ist und keine Informationen für die Datennutzung oder die Werbung beim Gewinnspiel beschrieben ist.

Um solch ein Einverständnis einholen zu dürfen, müssten die Betreiber neben dem Gewinnspiel eine gesonderte Einverständniserklärung unterbreiten, die deutlich beschreibt, wer die Daten bekommt und was diese damit tun werden.

6.3 Einsicht von privaten Daten für die Kündigung von Arbeitnehmern

Im nächsten Anwendungsfall geht es um die Einsicht von privaten Daten von Arbeitnehmern. Im ersten Gerichtsfall hatte ein Betriebsrat vom Arbeitgeber verlangt, Zugang zu den Gehaltslisten der Arbeitnehmer zu erhalten, welches dieser ablehnte. Die Arbeitnehmer waren mit der Einsicht in die Gehaltslisten, ebenfalls nicht einverstanden. Das Gericht aber gab dem Betriebsrat Recht, da dieser Zugang zu allen Dokumenten haben soll, die zur Ausführung seiner Tätigkeit benötigt werden. Hier verbietet das Bundesdatenschutzgesetz nicht die Einsicht.

In drei anderen Fällen ging es darum, ob der Arbeitgeber seine Arbeitnehmer kontrollieren darf und bei Betrug, diese fristlos kündigen. Die Arbeitgeber haben nach einem Verdacht z. B. den privaten Terminkalender gelesen, den Browserverlauf analysiert und die Eingabezeiten in die Datenbank kontrolliert. Dabei sind in allen Fällen Fehlverhalten oder Arbeitszeitbetrug festgestellt wurden, die zur fristlosen Kündigung geführt haben.

Das Gericht hat in allen Fällen die Kündigung für wirksam erklärt, da der Arbeitgeber erst bei einem Eigenverdacht reagiert hat. Das Kontrollieren des Browserverlauf zur Missbrauchskontrolle ist nach dem Bundesdatenschutzgesetz ebenfalls erlaubt. Die Einsicht in den privaten Terminkalender wurde als Verstoß gegen den Datenschutz angesehen, aber der Arbeitszeitbetrug ist ein schwerer Vertrauensbruch, weswegen das Gericht die Einsicht als Beweis erlaubt hat.

6.4 Löschung von öffentlichen Daten

Das unabhängige Landeszentrum für Datenschutz hatte gegen die Betreiber von Facebookseiten geklagt, weil Facebook sich nicht an das Bundesdatenschutzgesetz hält. Bei Facebook gibt es keine Information darüber, was mit den Daten der Besucher passiert und es gibt keine Möglichkeit zur Einwilligung oder zum Widerspruch. Das Gericht hatte entschieden, dass die Verstöße gegen Datenschutz bei Facebook liegen und nicht bei den Nutzern und Betreiber der Seiten. Diese haben keine Kontrolle über die Datenverarbeitung und nutzen nur den technischen Service.

In einem anderen Fall hat ein Arzt die Betreiberin eines Bewertungsportals für Ärzte angeklagt, da sie sich geweigert hat sein Profil zu löschen.

Das Gericht hat die möglichen Nachteile für den Arzt gegen das Interesse der Öffentlichkeit an diesen Daten gestellt. Weiterhin müsse der Arzt durch seinen Beruf, der sozialen Kontakt erfordert, sich auf solche Kritik einstellen.

Das Gericht hatte entschieden, dass das Portal wichtige Informationen für die freie Arztwahl bereitstellt und dies dem möglichen Schaden des Arztes überwiegt.

Das einzige, was der Arzt verlangen dürfte, wäre die Löschung von Lügen und Beleidigungen in seinen Bewertungen.

6.5 Auskunft über eigene Daten

Ein wichtiger Paragraph aus dem Bundesdatenschutzgesetz ist das Recht auf Selbstauskunft. Das bedeutet, dass betroffene Stellen auf Antrag alle Daten die sie über einen gespeicherten haben, preisgeben müssen mit weiteren Informationen über den Zweck und weitere Empfänger dieser Daten.

Dies ist in einem Gerichtsverfahren mit der Schufa erst nach der Anklage passiert. In diesem Beispiel wurde weiterhin erreicht, dass die Schufa preisgeben muss, welche Daten sie für ihre Scoreberechnung benutzen, wobei aber die konkrete Formel geheim bleiben darf.

7. Quellen

<http://www.itwissen.info/BDSG-Bundesdatenschutzgesetz.html>

10.05.2017

https://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_1990/

10.05.2017

<https://www.wirtschaftswissen.de/unternehmensgruendung-und-fuehrung/datenschutz/kundendatenschutz/bundesdatenschutzgesetz-wann-sie-personenbezogene-daten-erheben-speichern-und-nutzen-duerfen/>

10.05.2017

<https://www.datenschutzbeauftragter-info.de/betrieblicher-datenschutzbeauftragter-welche-aufgaben-hat-er/>

10.05.2017

<http://www.rechtsindex.de/versicherungsrecht/5749-knoellchen-horst-und-seine-permanente-verkehrsbeobachtung-mittels-dashcam>

10.05.2017

<http://www.rechtsindex.de/verkehrsrecht/4938-urteil-verwertbarkeit-von-dashcam-aufzeichnungen-im-strafverfahren>

10.05.2017

<http://www.rechtsindex.de/arbeitsrecht/5433-private-internetnutzung-am-arbeitsplatz-darf-der-arbeitgeber-den-browserverlauf-auswerten>

10.05.2017

<http://www.rechtsindex.de/arbeitsrecht/5337-darf-der-arbeitgeber-private-eintragungen-im-terminkalender-lesen>

10.05.2017

<http://www.rechtsindex.de/arbeitsrecht/4745-arbeitszeitbetrug-bei-heimarbeit-lohnt-sich-nicht>

10.05.2017

<http://www.rechtsindex.de/arbeitsrecht/3769-landesarbeitsgericht-niedersachsen-beschluss-16-tabv-39-11>

10.05.2017

<http://www.rechtsindex.de/recht-urteile/4748-urteil-verbraucherschutz-versteckte-sammelerlaubnis-fuer-werbeanrufe-ist-unzulaessig>

10.05.2017

<http://www.rechtsindex.de/recht-urteile/956-werbung-nur-mit-ausdruecklicher-zustimmung-des-kunden>

10.05.2017

<http://www.rechtsindex.de/recht-urteile/4445-bgh-urteil-vi-zr-358-13-hat-ein-arzt-den-anspruch-auf-loeschung-seiner-daten-aus-einem-bewertungsportal>

10.05.2017

<http://www.rechtsindex.de/internetrecht/3779-anordnungen-des-uld-betreffend-fanpages-bei-facebook-unberechtigt>

10.05.2017

<http://www.rechtsindex.de/recht-urteile/4009-bgh-vi-zr-156-13-schufa-keine-auskunft-ueber-merkmale-zur-scoreberechnung>

10.05.2017

https://de.wikipedia.org/wiki/Recht_auf_Selbstauskunft

10.05.2017